

Graf von Koedern über die Besitzsteuern.

Die weiteren Beratungen im Hauptauschuß — Die Erklärungen des Reichshofsekretärs — Graf Koedern über den Steuerkompromiß-Antrag — Graf Koedern will sich auf Einzelheiten nicht festlegen.

beschränkt wäre. Man kann doch unmöglich der Meinung ein, daß die politische Reife erst mit dem 40. Lebensjahre eintritt, daß also das Wahlrecht vor Eintritt dieses Alters geringer sein muß, wenn nach wie vor die Möglichkeit besteht, daß der gleiche Staatsbürger, der politisch noch nicht ausgereift angesehen wird, als Landtagsabgeordneter gewählt werden kann. Und es waren doch bisher wirklich nicht die schlechtesten Kräfte, die dem Abgeordnetenhaus oder Reichstag schon vor Erreichung des 40. Lebensjahres angehört. Über stellen sich die Freunde des Internationalen Kompromisses etwa auf den Standpunkt, daß die politische Reife zur Ausübung des Mandats im Abgeordnetenhaus geringer sein kann wie diejenige für den Wahltag, bei dem der Einzelne viel weniger entscheidend ist als in dem gesetzgebenden Parlament? Und wenn die höhere politische Reife sich erst mit vollendetem 40. Lebensjahre einstellt, hat man dann auch daran gedacht, daß die Erlaubnis und Eiden des Herrenhauses, denen die Mitgliedschaft zu diesem Hause durch die Geburt gemessen ist, in dem Schoß jäh, gleichfalls erst nach dem Schwabenalter die rechte Weiße bekommen?

Die zweite Zustimmung soll nach diesem vermeintlichen Kompromiß beizubringen, der verzerret ist. Wenn sich schon die erste Zustimmung gegen die Kriegsteilnehmer wendet, dann trifft das bei dieser Stimme noch viel mehr zu. Viele Kriegsteilnehmer haben sich, bevor sie ins Feld rüdten, verzerret. Anderen war nicht möglich oder sie taten es vielleicht aus aus Vorwitz nicht. Sie wollten keine Frau an ihr eigenes Geschick ketten, weil ihnen die späteren wirtschaftlichen Sorgen zu groß erschienen. Diese Kriegsteilnehmer werden nach dem Gedanken des Kompromisses von norhernher schlechter gestellt. Entscheidend scheint uns auch zu sein, daß man politische Rechte nicht nach dem Ehering bemessen darf. Die Tenierung wird auch nach dem Kriege eine so tiefe sein, die Möglichkeit der Einrichtung einer eigenen Kammer wird so ungemein erschwert sein, daß es eine durch nichts gerechtfertigte Ungleichheit wäre, wenn man davon irgendwie politische Rechte abhängig machen wollte. Die Heirat liegt künftig wieder denn je in dem Ermessen des Einzelnen. Man braucht hier auch nur an die Wohnungsnot zu erinnern. Ist es nicht eine politische Entrechtung weiter Bevölkerungsschichten, wenn man das Recht politischer Rechte von dem eigenen Hausstand abhängig macht zu einem Augenblick, in dem Reich, Staat und Gemeinden gegenüber der immer furchtbarer werdenden Wohnungsnot ohnmächtig sind? Schon der Hinweis auf die in absehbarer Zeit nicht befristete Wohnungsnot sollte die Zustimmung auf den Gehirngang als ein Urding erscheinen lassen. Man kann neuerdings einen Unterschied machen zwischen Verzerreteten und Unverzerreteten, niemals aber politisch! Wie es nach der „Volks-Zig.“ weiter heißt, soll nach dem Kompromiß-Gedanken der Rechten die grundbesitzende Bevölkerung noch dadurch begünstigt werden, daß an ein Wahlrecht überhaupt die Vorbedingung eines zwei-jährigen Aufenthalts in ein und derselben Gemeinde und eine drei-jährige Staatsbürgerschaft gefordert wird. Das wäre ein verärfertiger Hohn auf den Gedanken des gleichen Wahlrechts und würde das Kompromiß recht zu einer Spottgeburt machen.

Die Forderung aller liberalen Bevölkerungsschichten kann nach wie vor nur ein unverfälschtes gleiches Wahlrecht sein. Mit ihm steht und fällt, wie es erst am Sonntag ausführt, der Abgeordnete, P. Papper. Mit dem gleichen Wahlrecht steht und fällt aber auch der Reichstagsler selbst, wie es erst vor wenigen Wochen gegenüber Arbeiterführern ausgesprochen hat. Um recht deutlich zu sein, hat Graf Hertling diese Erklärung, wie in Berlin in den gelirigen Raunmittagsstunden bekannt wurde, gegenüber dem Führer der Konzentration, dem Abgeordneten v. Dendeband, ausdrücklich wiederholt. Damit ist in jeder Zweifel ausgeschlossen: Die Regierung ist gefügt, wenn das gleiche Wahlrecht der Krone zum Trotz von der Reaktion zu Fall gebracht wird und die Freilassung dieses Wahlrechtes etwa durch Neuwahlen ebenso ermöglicht wird. Deshalb dreht sich die Entscheidung erneut um die Frage: Sieg der Regierung mit einem gleichen Wahlrecht oder Sieg der Reaktion mit einer neuen Regierungstiftung! C. H.

Die Niederlage einer amerikanischen Division.

Schwere Verluste der Amerikaner.

WTB. Berlin, 10. Juni. Auf der Front von Chateau-Lafayette nach St. Omer verlor sich der Feind seit dem 8. Juni in unglücklichen, mit harten Kräften unternommenen Gegenangriffen. Am 7. Juni ging hier zum ersten Male eine amerikanische Division zum Angriff vor. Im Brennpunkt des Kampfes stand der Wald von Belleau. Derzeit hat ein deutsches Regiment unter der persönlichen Führung des Regimentskommandeurs den Amerikanern einen ungewöhnlich schweren Verluste beigebracht. Es warf den Feind, der bis an den Rand des Waldes vorgedrungen war, im Kampf Mann gegen Mann mit Handgranaten und Bajonett zurück. Als trotz dieser blutigen Widerstände die amerikanische Division, und zwar die Morierbrigade, in der Frühe des 8. Juni nochmals in mehreren Wellen hintereinander zum Sturm vorging, ließ sowohl die deutsche Infanterie wie Artillerie den Feind ohne Erbarmen. Dieht war dem Wald wurden keine Sturmschlösser montiert und von beiden Seiten her von wirksamsten zummensetzten Mörserangriffen und Artilleriefeuer überhäuft. Nur wenige Amerikaner konnten sich in die Gegenangriffe oder durch eilige Flucht nach rückwärts retten. In diesen Stunden blieben die Massen der Amerikaner kurz vor dem Belleau-Walde liegen.

Die Kämpfe in Flandern.

WTB. Berlin, 10. Juni. Aus Flandern wird nachlässig gemeldet, daß am 7. Juni gegen Mittag zwei heftige Kämpfe überaus heftig zwischen Western und Flamen ausbrachen. Sie wurden verheerend abgewendet. Am 8. Juni stieß der Gegner 6 Uhr vormittags nach heftiger Feuerbereiung unsere Stellungen bei Boortzele in bester Front

Zu Beginn der heutigen Sitzung des Hauptauschusses des Reichstages sollte der bisherige Vorsitzende des Ausschusses und jetzige Präsident des Reichstages, Herr v. Borch, mit, er werde heute noch die Verhandlungen leiten, morgen werde die Wahl des neuen Vorsitzenden stattfinden, nachdem heute nachmittags der Ministerialrat darüber Beratung gepflogen haben werde.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag Gröber (Zentr.) über den Entwurf eines Kriegsteuer-gesetzes. Danach soll für 1918 eine außerordentliche Kriegsabgabe von Einkommen und Vermögen

der natürlichen Personen erhoben werden, und zwar 1. von Jahreseinkommen von mindestens 20 000 Mark in durchgestaffelten Steuerstufen von 5 bis 20 vom Hundert, 2. von den Einkommensvermehrungen während des Krieges in durchgestaffelten Steuerstufen von 5 bis 50 vom Hundert, 3. vom Vermögen von mindestens 20 000 Mark in durchgestaffelten Steuerstufen von 1 bis 3 vom Tausend. Juniast hat nach

Staatssekretär des Reichshofamts Graf Koedern das Wort:

„Die Reichsfinanzverwaltung ist mit den verbundenen Regierungen über die Fortsetzung der im vorigen Jahre erörterten Frage einer Ergänzung des Kriegsabgabengesetzes für die Gesellschaften in Verbindung getreten. Als Ergebnis dieser Verhandlungen kann ich mitteilen, daß der Bundesrat sich in Anbetracht der weiteren Höhe der Kriegsabgaben, die zurzeit nicht abzusehenden Dauer des Krieges, dem in den Anträgen Gröber und Bestlar herangezogenen Wunsch nach Vermehrung der Einnahmen für 1918 durch eine einmalige außerordentliche

Beihilfabgabe nach der physischen Personen für dieses Steuerjahr nicht verschiebt. Daher glaube ich schon heute mitteilen zu können, daß sich der Bundesrat in seiner Mehrheit unter Zurückstellung mancher prinzipiellen Bedenken mit den Grundgedanken des Antrages Gröber zu II und III einverstanden erklären wird, während die gleiche Erklärung für Punkt I nicht abgegeben werden kann. Aus der Mehrheitsmeinung sind 850 Millionen M., und aus der einmaligen Vermögenssteuer etwa 350 Millionen M. zu erwarten, so daß der Betrag von 1200 Millionen Mark auch auf diese Weise erreicht werden dürfte. Für die Mehrheitsmeinung und die Vermögenssteuer steht also die Zustimmung des Bundesrates in Aussicht.

Nicht aber für die Einkommensteuer. Weiterhin haben die verbundenen Regierungen die Ueberzeugung gewonnen, daß der Antrag des Hrn. Grafen Bestlar, der im Grunde auf einen verbeilten Matrizenbeitrag hinausläuft, jetzt einen gangbaren Weg nicht darstellen dürfte. Es steht zurzeit an einem geeigneten Maßstab für die Unterverteilung der Lasten auf die Einzelstaaten. Daher bitten die verbundenen Regierungen, von einer weiteren Verfolgung des Antrages abzusehen. Die Ansbardierung des Antrages Gröber wird unter Beteiligung der Bundesstaaten in die Hand zu nehmen sein. Inzwischen kann die Beratung über die Kriegsteuer für Gesellschaften

fortgesetzt werden. Der Bundesrat ist geneigt, der Erziehung eines Kriegsteuergerichtshofes zuzustimmen, er glaubt aber, daß die Einzelheiten und Formalien vorbehalten zu müssen. Schon jetzt könnte dem Steuergerichtshof das Gebiet der Vermögenssteuer zugewiesen werden und in späteren Stufen weitere Aufgaben, so daß am Schluß des Krieges eine Zusammenfassung erfolgen könnte. Zu der Frage des Ausbaues der Einrichtung der Reichshofmündigkeiten für Zölle und indirekte Steuern hat der Bundesrat noch keine Stellung nehmen können. Die verbundenen Regierungen halten auf der anderen Seite daran fest, daß diese ihre Stellungnahme zu dem Antrag Gröber nun auch dazu führen müßte, daß der Reichstag gleichzeitig die übrigen Steuerentwürfe der Reichsregierung in ihrem formellen und materiellen Aufbau annehmen werde. Wenn die Steuerentwürfe des Jahres 1918 ist als Einheit zu betrachten und als solche zu behandeln. Dies gilt vor allem auch von den Verwaltungen.“

Hierauf erklärte Reichsminister Abg. Müller-Judka (Zentr.): Die Mitteilungen des Hofsekretärs können nur mit Befriedigung begrüßt werden. Damit wird in der Hauptsache erreicht, was der Ausschuß und Reichstag wollen. Ein geneigter

Weg zur Verständigung zwischen Bundesrat und Reichstag ist gefunden. Der Vorschlag, nur die Vermögen über 5 000 Mark zu besteuern, entspricht auch meinen Wünschen, um so mehr, als der geringere Wert des Geldes eine solche Schonung der kleineren Vermögen durchaus rech-

an. Auch hier scheiterte der Angriff unter hohen Hindernissen. In den rechts und links anschließenden Abschnitten sieht unser äußerster wirksames Bemühen, das an diesen Stellen gleichfalls beabsichtigte Vorgehen des Feindes nieder. — Am Abend deselben Tages setzte auch auf unsere Stellungen nördlich Obereschlagart heftiges Feuer ein, dem ein feindlicher Angriff in der Nähe Beaumont-Samel bis 1 km südlich des Dorfes folgte. Nur an einzelnen Stellen vermochte der Feind vorzudringen, nach keine Angriffe selbst und blutig in unserem Maschinengewehr- und Infanteriefeuer zu sammeln. Die Stellungen sind sämtlich fest in unserer Hand.

Durch feindlichen Bombenabwurf auf Nieder-Zeub bei Diederhofen wurden fünf Kriegsgefangene getötet und sechs verwundet.

Ein erledigter Armeebefehl Petains.

Berlin, 10. Juni. General Petain hat unter dem 1. Juni folgenden Befehl erlassen: Soldaten! Der Feind holt zu einem neuen Schlag aus! Am Tage überlegen während der drei ersten Tage gelang es ihm, unsere vordersten Linien durchzubrengen. Unsere Reihen sind aber im Unmar-

fertig. Wenn dafür eine Erhöhung der Vermögenssteuer für die größeren Vermögen bis zu 5 vom Tausend durchgeführt wird, dürfte auch ein Anstieg im Ertrag der Steuer einwirken. Wenn die Steuer vom Einkommen nur auf das Mehrfachte gegenüber dem Jahre 1913, also den eigentlichen Kriegsgewinn, gelegt, das Einkommen in der Höhe wie es vor dem Kriege bestanden hat, aber frei bleiben soll, so müßten die Steuererträge auf dieses Mehrfachte natürlich etwas höher gerufen werden. Grundsätzlich ist es, und dieses Ziel wird auch noch erreicht werden, wenn man den Gesamtvertrag auf etwa 1200 Millionen für das laufende Jahr bringen könnte. Die Zulage betreffend Erziehung eines Steuergerichtshofes ist ebenfalls zu begründen. Bedauerlich ist, daß hinsichtlich des Steuerkontrollrechts noch keine Entscheidung getroffen ist.

Abg. Gröber (Zentr.): Die Erklärung der Regierung bringt den von allen Seiten gewünschten Steuerkompromiß.

Daß die Vermögenssteuererträge mit 20 000 mit 50 000 Mark beginnen soll, wird kein Hindernis für dessen Zustandekommen bilden. Der in Aussicht genommene Steuergerichtshof muß für alle hier in Betracht kommenden Steuererträge die Zuständigkeit haben; das Anlagengesetz darf nicht etwa davon ausgenommen werden. Die Entscheidungen des Steuergerichtshofes dürfen und werden vom kaiserlichen Interesse getragen sein, so daß er größeres Vertrauen finden wird als der hohe Bundesrat, in dem in solchen Fällen die Finanzminister entscheiden können. Hinsichtlich der Kontrollbeamten wird eine geeignete Bindung zu erfolgen haben. Abg. Dr. Jund (Stat.): Lieber die Mitteilungen, die der Hofsekretär über die Stellung der Mehrheit des Bundesrates zum Finanzgerichtshof gemacht, kann man an sich erfreuen sein. Nur bangen mich (mit dem Abgeordneten Gröber) die Bedenken, die im Ausschusse bei der Entscheidung über die Bedeutung eines solchen Gerichtshofes eine solche Beschränkung ganz unvereinbar. Er muß also für das ganze Gebiet der Reichssteuer gelten. Nur dann kann er dem dem Ansehen des Reiches abträglichem Zustand abhelfen, daß es keine einheitliche Steuerrechtssprechung im Reich gibt. Auf dem Gebiete des Zivil- und Strafrechts würde ein solcher Zustand jetzt einfach unmöglich erscheinen. Die

Erhöhung einer obersten Instanz ist um so dringlicher, als es in Verwaltungsfragen an dem einheitlichen Unterbau fehlt, wie bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Was den Ausbaue des Finanzgerichtshofes anlangt, so würde nicht das geringste Bedenken bestehen, das Verfahren durch Kaiserliche Verordnung regeln zu lassen, wie bei den Patentstreitigkeiten vor dem Reichsgericht. Redner legt im übrigen seine Gedanken über den Finanzgerichtshof schriftlich dar und nennt namentlich vor dem Gedanken, daß er einen Eingriff in die Selbständigkeit der Bundesstaaten bedeute. Es handle sich nur um Einheit der Rechtsprechung, die im höchsten Interesse aller liege. Was die Reichshofmündigkeiten für Zölle und Steuern anlangt, so sei ein Reichsgesetz bitter notwendig, durch das die Reichsverwaltung endlich erfüllt würde. Die Bevollmächtigten müßten wirklich Aufschauung haben, nicht Landesbeamte wie jetzt. Nach meiner Auffassung würde ich übrigens ihre Zuständigkeit gemäß Art. 96 der Reichsverfassung automatisch auf die direkten Regierungen ausdehnen, die jetzt beschaffen werden müßten. Dazu würde nicht einmal ein Reichsgesetz erforderlich sein eine Aenderung der Reichsverfassung.

In der Weiterberatung des Besitzsteuerkompromisses im Hauptauschuß des Reichstages antwortete Staatssekretär Graf von Koedern:

den Korrespondenten: In Bezug auf die Einzelheiten der vorgeschlagenen Vermögenssteuer habe ich mich keineswegs festgelegt. Die Einzelheiten der Preissteigerung und der Durchstufung müssen von dem zu erwartenden Betrag abhängig gemacht werden. Bezüglich der Schaffung des Steuergerichtshofes möchte ich erklären, daß er selbstverständlich mit der Verabschiedung der Vermögenssteuer auch materiell ins Werk treten muß. Nur in Bezug auf die Ausdehnung der Preissteigerung möchte ich die Stellungnahme der verbundenen Regierungen noch offen lassen. Erst müssen die einzelnen Bundesstaaten zu den zukünftigen Maßnahmen des neuen Reichsbehörde Stellung nehmen können. Daran sind jeweils mehrere Ressorts beteiligt. Grundsätzlich soll jetzt zunächst die Zuständigkeit für das Bar- und Nummerngesetz ausgesprochen werden. Die Hineinziehung der Kriegsteuer ist in Erwägung zu ziehen, wie dann auch später das ganze Gebiet der indirekten Steuern. — Gegen Schluß erklärte Staatssekretär Graf von Koedern noch auf eine Anfrage des Hrn. Pfleger: Ich kann heute noch nicht eine bestimmte Erklärung über den Sitz des zukünftigen Steuergerichtshofes abgeben. Bezüglich bin ich dem Gedanken durchaus geneigt, ihn außerhalb Berlins zu legen.

Ihr werdet keinen Sturm zum Schutern bringen und zum Gegenstoß ausheulen. Soldaten der Marine! Für Euren Herz, für Frankreich vorwärts! Dieser Gegenstoß war bereits am 2. Juni erledigt.

Lettow-Vorbeck entflücht.

Der Widerstand dauert fort.

Nach einer Mitteilung des Generals van Deventer kann man nunmehr als sicher gelten, daß General v. Lettow-Vorbeck sich entzogen hat. Der Feind hat sich die Kräfte zurückgezogen hat und damit dem englischen Umzingelungsversuch ausweichen ist. Deventer hat selbst die kräftigen militärischen Leistungen unserer Schutztruppen in Ostafrika anerkennen müssen. Die Stärkeergebnis in Ostafrika etwa 16. 1. Die letztere Haltung unserer ostafrikanischen Schutztruppen hat England dauernd gezeugen, Truppen noch anderen Kriegsschauplätzen abzugeben und Kriegsmaterial aller Art nach Ostafrika zu bringen. Unsere kleine Schutztruppe hat nicht nur ergriffen, sondern auch portugiesische und belgische Truppen gebunden und sich damit große Verdienste auch um die glänzende Lage auf dem europäischen Kriegsschauplatz erworben.

Wilson's Zukunftsrede.

Wie nach ihm das künftige Leben der Nationen sich gestalten.

Washington, 9. Juni. (Reuter.) Präsident Wilson empfing im Weißen Hause eine Gruppe mexikanischer Journalisten zu einer zwanglosen Aussprache. Er erklärte, die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Mexiko sei von dem ersten Wunsch befehle, dem Nachbarn bei der Reifebildung in die inneren Angelegenheiten zu dienen, und sprach sein Bedauern aus, daß durch Einflüsse deutschen Ursprungs die Mächte der Vereinigten Staaten überall in Mexiko verdrängt wurden. Der jetzige Einfluß der Vereinigten Staaten in der Westpolitik beruhe auf ihrem aufrichtigen Wunsch, selbstlose Politik zu treiben. Selbstlos war die Neutralität der Vereinigten Staaten, und als sie in den Krieg traten, strebten sie weder nach Gebietsvermehrung noch nach handelspolitischen Vorteilen. Dies wären keine frommen Ideale eines Akademikers, sondern das Ziel des amerikanischen Volkes und seines Jüngers. Wilson ging so bald auf seinen Vorlesungsaal.

allamerikanischen Abkommens

ein, wobei eine Erweiterung der Monroe Doktrin — ohne Zustimmung der Staaten und mit der Südamerikas angehen — diese zwar vor Angriffen über See, aber nicht vor einem Angriff der Vereinigten Staaten schützte, alle Staaten Amerikas eine Erklärung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität unterzeichnen und ihre Unverletzlichkeit gegenseitig gewährleisten mit Waffengewalt unterstützen sollten. Er fuhr fort: Die Welt kommen wird die Grundlage des künftigen Lebens der Nationen der Welt sein.

Die ganze Familie der Nationen wird jeder Nation den gleichen Ansehen zuerkennen, ohne ihre politische Unabhängigkeit oder ihre territoriale Integrität zu verletzen. Die Staaten der beiden amerikanischen Weltteile sollten der Welt zeigen, wie man den Grund zum Frieden legen muß. Wilson schloß unter Hinweis darauf daß dauernder Frieden nur bei völliger gegenseitiger Vertrauen herrschen könne, mit dem Appell an die Journalisten, die Saat der Verbändigung und des Mißtrauens in Mexiko gegen die Vereinigten Staaten zu zerstreuen, um die Zukunft Amerikas, die auf den friedlichen Beziehungen zu allen Nationen und den Bürgern aller Nationen zwecks Ausnutzung der Reichtümer beruhe, sicherzustellen.

Die ukrainisch-russischen Verhandlungen.

WTB. Kiew, 10. Juni. Die Sitzung der ukrainischen und großrussischen Friedensunterhändler soll am Montag wieder beginnen, falls bis dahin eine Einigung über die Demarkationslinie erfolgt ist. Die Handelskommission beschloß in ihrer letzten Sitzung unter dem Vorsitz Guntikows, die Anwendung der Zollsätze des deutsch-russischen Vertrags von 1914 auf den Warenverkehr mit Großrußland vorzuschlagen. Dafür kämen in Frage die eigenen Bedarf überliefernden Mengen von Eisen und Kohlen, ferner eine geringe Getreidemenge, falls die deutschen Behörden einwilligen. Die Kommission beschloß ferner, an das ukrainische Reichsamt für die Zollabgrenzung gegen Großrußland einzuschreiben: Das Gouvernement Kiew ist zur Seite Kiew, die Bezirke Kholm, Torganz, Alexandro und Guschow vom Dongebiet, schließlich auch die nördlichen Kreise des Gouvernements Iternigow und an der Nordgrenze die gesamten Gebiete bis Homel und Pischow. Die fünf anderen Kreise des Gouvernements Iternigow sind noch in der Hand der Bolschewiki.

In der gestrigen Ministerversammlung wurde die Fassung der neuen vorläufigen Landbesegge genehmigt. Die bekannten Grundzüge, Beschränkung des Privatlandbesitzes auf 25 Desjatinen, werden heute veröffentlicht.

Verhandlungen mit Georgien.

Berlin, 10. Juni. Die hier eingetroffene Abordnung der Republik Georgien hat den Wunsch zu erkennen gegeben, mit Deutschland und seinen Verbündeten alle die Republik betreffenden Fragen in einer Konferenz zu behandeln. Der Gedanke wurde gefällig und angesehnt, sich mit den Verbündeten darüber ins Einvernehmen zu setzen. Als Sitz der Konferenz ist Konstantinopel in Vorschlag gebracht worden.

Das Wahlrecht in Polen.

Warschau, 10. Juni. Der polnische Regentshof hat den Staatsrat des Ministerrats, betreffend die Einberufung des Wahlrates genehmigt, so daß am 22. Juni die feierliche Eröffnung des Staatsrates stattfinden wird. Der Entwurf des Wahlgesetzes, der vom Ministerrat dem Regentshof zur Genehmigung vorgelegt ist, sieht das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Wahlrecht mit gewissen Einschränkungen des Proportionalwahlrechts vor. Jeder Wahlkreis soll nämlich mehrere Abgeordnete wählen, wobei die Abstimmung mit Hilfe von Listen erfolgt. Das aktive Wahlrecht steht jedem Staatsbürger mit vollendetem 25. Lebensjahre zu, das passive Wahlrecht jedem über 30 Jahre. Der Entwurf der Wahlordnung für den Senat (Oberhaus) bestimmt, daß die eine Hälfte der Mitglieder aus Wahlen, die andere aus Ernennung hervorgehen soll.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 10. Juni. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Haushalts des Ministeriums der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten beim Abschluß.

Ruß und Wissenschaft

WTB. St. Petersburg, 10. Juni. Die Staatshaushaltskommission beantragt, den Antrag Traub, in dem 60 000 RM zur Verfügung über die Zeit der Reformation und Gegenreformation verlangt werden, anzunehmen.

Abg. Hähnel (Cog.): Der Antrag findet unseren Beifall. Kultusminister Schmidt: Ich halte die Frage von Kunst und Wissenschaft gerade im Kriege für sehr wichtig. Sie dienen dazu, die Leiden des Krieges zu lindern. Ueber die wissenschaftlichen Anregungen im einzelnen ein Urteil abzugeben, halte ich nicht für richtig, doch in meiner amtlichen Stellung Jurisdiction über mich. Ich setze auf dem Boden des In-

Der Deutsche Reichstag über Kulturpolitik.

Schutz der unehelichen Kinder in Verbindung mit Wohltätigkeitseinrichtungen — Sachschäden bei Fliegerangriffen.

Berlin, 10. Juni.

Im Bundesstatistik-Balksaal. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 25 Min.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsamts des Innern wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt. Präsident Fehrenbach ersucht die Redner, sich möglichst kurz zu fassen, um den Etat des Innern heute noch, und bis zum Eintritt der kalten Ende der Woche den Tagesetat beenden zu können. Abg. von Calber (natl.): Wir können uns sehr wohl kurz fassen, da uns dringen, aus dem Feldweid die Rede der Tat zu uns dringt. Die Bevölkerung muß nicht nur der Zahl nach sondern auch dem Werte nach gewonnen werden. In der Kulturpolitik muß das Reich führend vorgehen. Die Frau hat uns mitgegeben, den Krieg zu gewinnen, deshalb muß sie auch in die Organisation mit hineingezogen werden, wenn auch für ihre Heranziehung zu politischer Betätigung die Zeit noch nicht gekommen ist. Die Bevölkerungsgewinnung heißt bald verabschiedet, die Geschlechtskrankheiten mit allen Mitteln bekämpft werden.

Abg. Wermuth (D. Fr.) tritt für den Schutz der unehelichen Kinder ein, namentlich für ihre ordnungsmäßige Pflege und Unterbringung in Verbindung mit Wohltätigkeitseinrichtungen. Staatssekretär Ballast: Bei der abgefragten Geburtsurkunde fällt die Benennung der unehelichen Geburt weg. Auch wird erwogen, ob der Begriff des Mehrerzehrns im

Interesse der unehelichen Kinder zu beseitigen ist. Die Frage der

Einführung der Einheitskennographie

ist noch nicht spruchreif. Die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist eine unserer dringenden Aufgaben, im Zusammenhang damit auch die Notwendigkeit, dem deutschen Heule die Mutter zu erhalten.

Abg. Bod (U. S.) empfiehlt den Antrag seiner Partei auf Verbesserung der Familienunterstützung

zu einmütiger Annahme. Abg. Gröber (Centr.): Auch in den Betrieben des Reiches müssen Beamtenauschüsse eingerichtet werden.

Abg. Hansen (Cog.) tritt auf Annahme einer sozialdemokratischen Entschließung auf Erhöhung der Mindestsätze für Familienunterstützung.

Auf verschiedene weitere Anregungen erklärte Staatssekretär Ballast: Wir werden alle angeforderten Fragen prüfen. Bei Fliegerangriffen werden Sachschäden ersetzt. Ueber Personenschäden bestehen leider keine gesetzlichen Vorschriften. Die heimungslosen Städte können sich weitestgehender Entschädigung verschließen. Die sozialdemokratischen Anträge bezüglich der

Fliegerfamilienunterstützung

gehen für die heutigen Verhältnisse zu weit. Damit wird die allgemeine Aussprache geschlossen. Die Abstimmung über die Anträge erfolgt morgen.

trages Traub. (Die weiteren Ausführungen des Ministers sind unerschöpflich.) Folgt die Beratung über

die höheren Beurlaubungen. Ein Kommissionsantrag fordert Vorkehrungen an den hohen Schulen, um die Erziehung zu deutschen Staatsbürgern zu fördern, ferner wegen der Förderung der Befreiungen auf Schaffung einer Einheitskennographie.

Abg. Wörster (Freisinnl.): Der Krieg hat die Notwendigkeit der Ausbildung in Naturwissenschaften und Technik schon auf der Schule erwiesen. An erster Stelle muß aber der deutsche Geschichtsunterricht stehen. Dem Antrag auf Schaffung einer Einheitskennographie stimmen wir zu. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr (4. Lesung der Wahlrechtsvorlage).

Organisationsfragen des Reichstages.

Der weitere Arbeitsplan.

WTB. Berlin, 10. Juni. Der Vizepräsident des Reichstages trat heute nachmittag zusammen und einigte sich zunächst über die Frage der Vorarbeiten für die Ausschüsse. Der Hauptauschuß erhielt als Vorsitzenden ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion. Diese wird den Abg. Obertrieding vorgeschlagen. Als zweiten Vorsitzenden einen Nationalisten. Der Geschäftsordnungsausschuß, der dauernd auf 25 Mitglieder vergrößert wird, erhält einen Konzeptionsbeamten als ersten Vorsitzenden. Ein neuer sozialpolitischer Ausschuß erhält ein Mitglied der Zentrumspartei der Deutschen Fraktion. In Beratung der Geschäftsfrage wurde beschlossen, morgen, Dienstag, den Haushalt des Reichsministeriums in zweiter Lesung zu beraten und bis spätestens Freitag zu erledigen. Wird die Durchberatung bereits Donnerstag vollzogen, dann bleibt die Freitagssitzung fort, da der Reichstag nach Hamburg zu einer Besprechung mit Reichstagen für die Regelung des Schiffsverkehrs in der Übergangswirtschaft eingeladen ist.

Deutsches Reich.

Die Berichte über den Saatensatz.

Berlin, 10. Juni. In den meisten Gegenden Deutschlands sind auch in den letzten Tagen wiederholt Niederschläge zu verzeichnen, so daß die Berichte über den Trodenheit wohl als besondert anzusehen ist. Die Berichte über die Saatensätze im allgemeinen noch nicht im höchsten Maße befriedigend zu erachten. Die Aufzucht von Getreide ist noch freier Bereich sind knapp, zumal auch für die neue Ernte bereits immer mehr Kreise gesperrt werden. Als Ersatz wird das reichlich herein kommende Grünfutter gekauft. Auch nach Rügen besteht Nachfrage für Futterweide. Heubestand hat mäßiges Gehalt. Im Samenhandel sind die Umsätze gering geworden. Ales- und Grassameren sind von den Landwirten gesucht. Das zur Verfügung stehende Material ist aber nicht mehr sehr groß. Erbsen und Lupinen zur Gründüngung sind gefragt, während der Begehr für Spörgel etwas nachgelassen hat.

Halle und Umgebung.

Halle, den 11 Juni 1918.

Ein Jubiläum der Reichsbefleidungsstelle.

Unter allen Kriegsgesellschaften ist die Reichsbefleidungsstelle vielleicht die unbedeutendste. Trotzdem sei des Umstandes gedacht, daß sie heute, am 10. Juni, ihr zweijähriges Bestehen begehen kann. Sie ist diejenige Stelle, welche die meisten Kriegsverwundeten und Bekannntmachungen erlassen hat. Ihre Zahl ist Legion. Der Geschäftswahlrichter müßte nicht geboren werden, der sie alle im Kopfe zu behalten vermöchte. Wir sind überzeugt, auch kein Mitglied der Reichsbefleidungsstelle wäre imstande, auf alle Anordnungen in der Erinnerung einzuschlagen, wenn sie nicht sorgsam geordnet aufgezeichnet worden wären. Die Wirksamkeit der Reichsbefleidungsstelle hat eine vollständige Umwälzung in der Geschäftsbearbeitung des Befleidungsgewerbes und des Handels herbeigeführt. Die erste ihrer Maßnahmen betraf die Einführung des Bezugscheines, die für den 1. August 1916 in Ausfuhr genommen wurde. Wir erinnern uns noch recht wohl der Auslassungen gewisser amtlichen Stellen vor der Errichtung der Reichs-

befleidungsstelle, daß an eine behördliche Einschränkung des Kleiderbedarfs der Bevölkerung nicht gedacht werde, aber es ward bereits zu größter Sparsamkeit und zu sorgfältiger Behandlung der Kleiderbestände angehalten. Die Fortdauer des Krieges und die weitere Abwanderung der Arbeitskräfte aus dem Auslande zwangen die Reichsbefleidungsstelle unter der Leitung des früheren Dresdener Oberbürgermeisters Geheimrat Dr. B. Uetterl. Mit der Einführung des Bezugscheines erschien eine Zeit für die Waren, die von der Bezugscheinpflicht entbunden sein sollten.

Ueber diese Zeitläufte schrampte im Laufe der zwei Jahre immer mehr zusammen, immer mehr Befleidungsstände wurden bezugscheinpflichtig und heute gibt es wohl überhaupt kaum mehr einen Gegenstand, der aus freier Hand erhältlich ist. Der Kleiderbestellungsstelle, von der der Staatsoberbefehl abgegrenzt worden ist, ist die Kriegsgesellschaft als Fertigung von Befleidungsgegenständen in großer Maßstäbe vornehm und in den großen Städten davon sogenannte Reichslager unterhält. Auch in Halle hat es ein solches Lager errichtet. Doch ist die Ware dem Bedürftigen vorsehender und wer einen Kleider mehr hat, der erwarnt nicht, daß ihm aus diesem Lager noch mehr gegeben werden wird.

Wie gesagt, die Reichsbefleidungsstelle muß auf den Bezug der Bekleidungsgegenstände. Insbesondere hat sie durch die jüngste Maßnahme, die auf die Befleidungsgegenstände hinauszuweisen scheint, auf keineswegs in ein unnötiges Fremdenverkehrsverhältnis zum deutschen Staatsbürger gesetzt, der sie je lieber von der Bekleidungsgegenständen verschonen möchte. Aber damit muß er freilich sich nach dem Kriege werten. Aber dann so schnell wie möglich mit ihr zum alten Eisen!

Beiträge für die Ludendorff-Spende nehmen außer den im Anruf genannten Bankfirmen auch die übrigen der Vereinigung Hallischer Bankfirmen angehörenden Banken in Halle an. Die Firma Heinrich Brand Söhne hier übernimmt der Ludendorff-Spende 10 000 Mark.

Ernna. Der Silberarbeiter Friedrich Haupt, Friedrichstraße 22, beinahe vorige Woche sein schätzbares Jubiläum als Mitglied des Hallischen Männer-Vereins gefeiert. Der Verein ehrte ihn durch einen Ehrenbrief und von allen Mitgliedern geliebten und geachteten Jubilar durch Wort und Lied und überreichte ihm eine prächtige Ehrenurkunde unter Glas und Rahmen.

Provincial-Nachrichten.

Gochs, 10. Juni. (Aussetzung.) Der Fiskus hat König von einer schätzlichen Verurteilung befreit, die schätzliche Friedrich-August-Medaille verliehen, nachdem er zuvor auch das Eiserne Kreuz 2. Klasse erhalten hatte. Er ist ein Sohn des verstorbenen Schmiedemeister Gochs König hier.

Döllitz, 10. Juni. (Ein Diebstahl) wurde von einem jungen Mädchen in der diesigen Apotheke angebracht. Es benutzte die Zeit, während welcher der Apotheker zur Dienstleistung von Mitteln ins nach dem Keller besetzen mußte, betrat ein Nebenimmer, öffnete den Schreißschloß und entwendete daraus eine Briefschloß mit ca. 600 Banknoten. Das unartige Wesen des Mädchens fiel dem Apotheker auf und er erwarbte auch alsobald den Verfall der Briefschloß, welche dann der Diebin, ehe sie in Sicherheit zu bringen vermochte, wieder abgenommen werden konnte.

? Werfelow, 10. Juni. (Erhöhung der Miete) nach 23. Juni (1918). Wie aus letzterer Quelle verriet, wird im diesigen Kreis in Kürze der Mieteerhöhung entschieden. Für den

Oberküllingen, 10. Juni. (Das Eiserne Kreuz erster Klasse) wurde für die im Kämpfer im Weltkrieg bewiesene Tapferkeit dem Unteroffizier Blumert, Hauptkammer der Ober-Kümmern, verliehen.

Mühlberg a. S., 10. Juni. (Verdienen.) Die Verhandlung des dem hiesigen Hospital abdringenden Mierkammerers brachte 870 Mark gegen 500—400 Mark in den Vorarbeiten. — Für die Ludendorff-Spende wurden hier fast 2000 Mark durch Sammlungen, welche 4 junge Damen übernommen hatten, erstellt. — Die Gemeinde ist im besten Gange, bleibt aber infolge der langen Dürre erheblich hinter dem erhofften Ertrage zurück.

XX Gumbau, 10. Juni. (Ein Mann mit drei Vätern.) Ein Pole, der schon seit längerer Zeit in einem Nachbarn in Arbeit fand, lebte jetzt von einem 14jährigen Beimarbeiter nicht wieder zurück. Da anstieß, daß er keine gezielte Reaktion von 150 Mark je ohne weiteres im Stich ließ, hatte man Nachforschungen an und erfuhr, daß sich der verdächtige Pole in drei verschiedenen Orten drei Erträge ausbeutete, die er abwechselnd lebte und von denen natürlich keine von der anderen etwas wußte. Da alle drei auch Mutterfreuden entgegengefallen, so findet man das Verbotenden des natürlichen Don Juan von Gumbau.

Sport-Nachrichten.

Pferdesport.

Eventualnoten im Grenzschichtrennen.

1. Rennen: Kanone 43, Kevrin 258, Britina 16, Jono 541, Donnerkeil 34, Kleinsch 24, Klein Derbort 100, Innerhoff 584, Niki 124, Sammlt 14, Theresia 04, Dant 116, ...

Turnen.

Wettbewerbe im Weibturnen in Halle.

Die für dieses Jahr vorgesehenen Ausschreibungsmuster im Weibturnen finden bis 31. Juli in Halle statt. Die Wettbewerbe im Weibturnen sind: a) Entfernungsarbeiten, b) ...

Gegelsport.

Berliner Segelsport. Mit der am 1. Juni auf der Havel und dem Havelsee abgehaltenen vierten Wettfahrt ist der Berliner Segelsport zu Ende gelangt. Bei der Verteilung der Sonderpreise für das beste Gesamtergebnis der vier Wettfahrten kamen in Betracht die Segler ...

Letzte Depeschen.

Wie England den Schweden hilft.

WTB, Stockholm, 10. Juni. (Drachnachricht.) Schwedische Handelskammern teilen mit: Eine größere Anzahl schwedischer Firmen erklärt gestern die Mitteilung, daß ...

Ausstände in Moskau.

Genf, 10. Juni. (Privattelegramm.) Agence Havas meldet aus Moskau vom 8. Juni: Im Zentralbahnhof der Sowjets wurden Einzelheiten mitgeteilt über die Ausstände gegen die Kollektive, die in Moskau zur Erklärung der Ausstände geführt haben. Die Regierung hat eine Anzahl der Revolutionäre ...

Die Reise Surians nach Berlin.

WTB, Wien, 10. Juni. (Drachnachricht.) Der österreichisch-ungarische Minister des Äußeren Graf Surian hat heute 6 Uhr 5 Min. abends die angekündigte Reise nach Berlin angetreten.

Hollands Gastfreundschaft für die ausweichenden Gefangenen.

WTB, Haag, 10. Juni. (Drachnachricht.) Der 'Nieuwe Courant' veröffentlicht eine Verlautbarung zu der Sache, daß der Minister des Äußeren bei der Eröffnung der Kriegesgefangenen-Konferenz am Sonnabend hielt. Danach hat der Minister gesagt, wenn Holland, das in der Mitte zwischen den kriegführenden Ländern liegt, das infolge des Krieges immer Einwohnern zu erlauben hat, nicht mehr erlauben kann, durch mehr Gastfreundschaft in seinem Lande zur Linienführung beitragen, so wird man doch auf seine Bereitwilligkeit rechnen können, auf der Durchreise der ausweichenden Gefangenen jede Hilfe zu gewähren.

Paris wird in Verteidigungszustand gesetzt.

Genf, 10. Juni. (Eigene Drachnachricht.) Die Führer der Entente haben während der letzten Tage unter Woffli (Genève) in Paris eine besondere Besetzung eingeplant, in deren Folge die Einweisung eines besonderen Massstabes zur Verteidigung von Paris beschlossen wurde. Besprechungen der Pariser Waffler werden sich einleiten und die Besetzung. Es handelt sich darum, daß die Kriegsverfahren der Entente beschleunigt werden, Paris in einen Verteidigungszustand zu versetzen, ...

Die Zeitungen berichten die Unzufriedenheit auf diese Beschlässe vor und auf die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines Teiles der Beschlüsse. So schreibt der 'Morgen', es sei möglich, daß die Deutschen infolge eines neuen Offensives noch aus nicht in Paris einziehen, doch so nahe an die Stadt heranrücken könnten, daß eine ernstliche Unterbrechung des Verkehrs zu erwarten sei. ...

Die Engländer nach dem Rückzuge in Mesopotamien.

Jülich, 10. Juni. (Eigene Drachnachricht.) Wie der 'Jülicher Anzeiger' berichtet, haben die Engländer eine weitere Rückzugsbewegung längs des Tigris sowie des Berggebirge westlich davon eingeleitet. Diese Maßnahmen sollen mit dem Rückzuge der Türken in Syrien in Zusammenhang stehen, die nach der Eroberung Armeniens wiederum in Vorderasien eingebracht seien.

Wo ist der nächste deutsche Angriff zu erwarten?

Jülich, 10. Juni. (Priv.-Tel.) Der 'Tagesspiegel' meldet: In der englischen und französischen Presse ist nur noch wenig von den Abwehrerfolgen der französischen Meeresflotte die Rede, als vielmehr davon, wo wohl der nächste deutsche Angriff zu erwarten ist. Doch dieser aber kommen werden, nicht heute in Frankreich und England überaus als sicher angenommen.

Den ahnungslossten Seelen gibt der Bericht des deutschen Großen Hauptquartiers vom 10. Juni einmündigen Bescheid.

Maßnahmen der drei nordischen Reiche.

Jülich, 10. Juni. (Eigene Drachnachricht.) Die 'Neue Zeit' berichtet, daß dem Reichstag bei der letzten Mittelfristen der drei nordischen Länder im November 1918 in Christiania hat man namhafte vorbereitende Arbeiten in die Hand genommen, um die gegenseitigen Interessen der neutralen Länder am Ende des Krieges und nach Friedensschluß zu wahren. ...

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berlin, 10. Juni. Die Börse behauptete bei nicht sonderlich lebhaftem Verkehr eine recht feste Haltung. An erster Stelle riefte sich das Interesse wieder an die Kohlen- und Eisenwerke, von denen Bismarckhütte, Gelsenkirchener, Wöhring, Rheinisch und Rombacher ansehnlich liegen. ...

Devisenliste.

Table with exchange rates for various currencies including Gold, Silber, and Devisen. Columns include 'Gold', 'Silber', 'Devisen', 'Werte', 'Werte'.

Rheinlandische Eisen- und Stahlwerke AG. Bilanz 1917. Bilanz 1918. Bilanz 1919.

Spanien. Bilanz 1917. Bilanz 1918. Bilanz 1919.

Berlin, 10. Juni. Nach mehreren aus dem Lande eingehenden Meldungen macht die Heuernte im allgemeinen gute Fortschritte, wenn sie auch stellenweise durch die Knappheit an ...

Aus dem Burbach-Kongress.

+ Unserem Bericht in der letzten Abendnummer finden wir noch folgende ausführliche Mitteilungen hinzu: Krügerschall. Herr Generaldirektor S. G. Meissel hat nach einer ausführlichen ...

Die Besetzung der Besatzungsländer wird, nach man freilich erwarten, denn auch der Kriegsmittelbedarf ist es in einem guten Maße nicht gedeckt. Die Rüstindustrie braucht es die ...

Der Ausschuss der drei nordischen Reiche hat am 10. Juni in Christiania eine Sitzung abgehalten. ...

Die Besetzung der Besatzungsländer wird, nach man freilich erwarten, denn auch der Kriegsmittelbedarf ist es in einem guten Maße nicht gedeckt. Die Rüstindustrie braucht es die ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...

In der Gesamtsammlung der Krügerschall-Gesellschaft. In Gillingen waren 700 Kurze vertreten. Das Rechnungswert wurde debattiert erörtert. ...